

JEDE WOCHE IST WOCHE DER DEMOKRATIE!

Stellungnahme des Landesjugendrings NRW zum Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 18/7196): Selbstverständnis „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten

Anhörung des Hauptausschusses sowie des Ausschusses für Schule und Bildung am 18. April 2024

Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft der derzeit 25 auf Landesebene anerkannten Jugendverbände. Er vertritt die Interessen der Jugendverbände und junger Menschen und engagiert sich in Grundsatzfragen der Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.

Einleitung

Mit Bezug auf die Pressemitteilung des Ministeriums für Schule und Bildung NRW vom 15.01.2024 "Demokratie erleben in jungen Jahren" möchte der Landesjugendring NRW die Perspektive der Jugend(verbands)arbeit ergänzen.

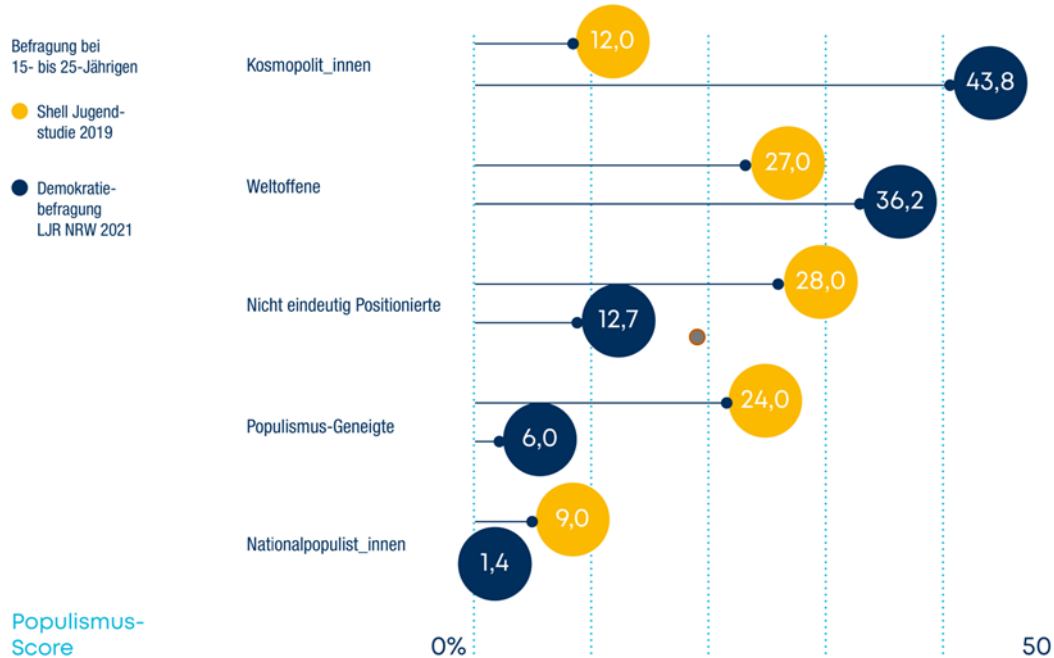
Wir begrüßen den Antrag der Fraktion der SPD. Auffallend ist aus unserer Perspektive, dass der Antrag den Anspruch hat, Bildung breit zu denken und doch mehrfach in das Muster fällt, Bildung sehr stark mit dem Ort Schule zu verknüpfen. Als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände ist und kann uns eine Verengung des Verständnisses und der Orte der Bildung junger Menschen nicht ungerührt lassen, sodass wir die Perspektive weiten möchten.

Alle Orte und Institutionen, in denen sich junge Menschen bewegen, müssen so gestaltet sein, dass sie positive Demokratieerfahrungen ermöglichen. Über den vorliegenden Antrag hinaus möchten wir anmerken, dass es dabei nicht nur um Demokratieförderung im Sinne politischer Bildung, sondern auch um Demokratieerziehung¹ gehen muss. Dabei geht es darum, die Verantwortungsübernahme durch junge Menschen sowohl zu fordern als auch zu fördern und sie damit zugleich beim Aufbau persönlicher und sozialer Kompetenz zu unterstützen. Dies ist im schulischen Kontext Aufgabe aller Fächer und muss auch außerhalb des Unterrichts als Basis im Schulalltag verankert sein.

Darüber hinaus findet (Demokratie-)Bildung nicht nur in Schulen statt. Orte non-formaler und informeller Bildung spielen eine entscheidende Rolle für demokratische Bildungsprozesse junger Menschen. Diese werden insbesondere in den Handlungsfeldern der Jugendarbeit gestaltet. Dass Jugendverbände Werkstätten der Demokratie sind, hat die Umfrage des Wirksamkeitsdialogs des Landesjugendrings NRW² jüngst erneut verdeutlicht:

¹ D.h. politische bzw. demokratische Sozialisation.

² Verweis auf den Wirksamkeitsdialog des Landesjugendrings NRW: https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2023/03/LJR_WD-Demokratiebefragung_Final.pdf



Die demokratische und partizipative Struktur der Jugendverbandsarbeit führt dazu, dass junge Menschen Demokratie in der Praxis lernen und erleben und so ein offenes und tolerantes Miteinander (er)leben, das wiederum ihre demokratische Einstellung prägt. Die Befragung zeigt außerdem, dass die demokratische Einstellung mit zunehmendem Alter und zunehmender Einbindung in den jeweiligen Verband steigt. Die kontinuierliche und nicht bloß punktuelle Einbindung in eine demokratische Lebenswelt ist also entscheidend für die Vermittlung demokratischer Grundwerte.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Mitglieder der Jugendverbände durchschnittlich demokratischer eingestellt sind als die Gleichaltrigen der 18. Shell Jugendstudie (2019).

Hier sehen wir einen Bedarf, der über die im vorliegenden Antrag geforderten Maßnahmen hinausgeht. Gerade Bildungsinstitutionen wie Schulen, in denen junge Menschen aufgrund gesetzlicher Pflicht einen Großteil ihrer Zeit verbringen, müssen demokratische Prozesse in allen Bereichen erlebbar machen.

Zu den Forderungen an die Landesregierung

Zu Punkt 1

Wir stimmen der Forderung zu, dass Maßnahmen zur Demokratiebildung zu fokussieren sind und die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Das bedeutet auch, Angebote der Jugendförderung und der Jugendverbandsarbeit auskömmlich und zukunftssicher zu fördern. Auch außerschulische Bildungseinrichtungen wie Jugendbildungsstätten müssen weiterhin bedacht werden! Sie sind hervorragend geeignete Orte für die (Selbst-)Bildung junger Menschen. Umfragen unter unseren Mitgliedsverbänden zeigen immer wieder, dass insbesondere in den Kreisen und Kommunen nicht ausreichend gefördert wird.

Zu Punkt 2

Wir unterstützen den Vorschlag einer verpflichtenden *Woche der Demokratie* in (formalen) Bildungseinrichtungen. Dies stellt einen guten ersten Schritt dar, um wirkungsvolle (!) demokratische Aushandlungsprozesse auch im Schulalltag strukturell zu verankern. Doch bei der *Woche der Demokratie* darf es nicht bleiben. Wie in der selbstorganisierten Jugendverbandsarbeit muss auch in Schule selbstverständlicher werden, dass **jede Woche Woche der Demokratie ist!** Diese Arbeit bedarf verlässlicher, kontinuierlicher und bedarfsgerechter Förderung – sowohl in Schule in Bezug auf die Kapazitäten von Lehrer_innen als auch außerhalb von Schule durch Förderung der Jugendarbeit.

Zu Punkt 3

Hinsichtlich der Schulung des Lehrpersonals möchten wir auf die Expertise der Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit verweisen. Auch an dieser Stelle ist eine Kooperation sinnvoll.

Fazit

Die Zuspitzung rassistischer, nationalistischer und antidemokratischer Tendenzen ist eine Gefahr für ein friedliches und weltoffenes Miteinander. Der aktuelle Rechtsruck stellt eine enorme gesellschaftliche Herausforderung dar. Entsprechend ist der Fokus auf Demokratiebildung dringend notwendig.

Im Kontext der *Woche der Demokratie* in allen Bildungsstätten muss die non-formale und informelle Bildung mitgedacht werden. In der Kinder- und Jugendarbeit werden demokratische Werte durch ein demokratisches Miteinander, durch Partizipation und Mitbestimmung erfahren und erlebt. Dies macht den Bereich der non-formalen Bildung zu einem besonderen Lernort.

Eine Kooperation zwischen formaler und non-formaler Bildung im Bereich Demokratiebildung ist sehr sinnvoll, wenngleich auch die Unterschiedlichkeit der Systeme nicht außer Acht gelassen werden darf. Insbesondere die *Woche der Demokratie* kann von der Expertise und den Erfahrungen der Jugend(verbands)arbeit profitieren. Aus diesem Grund warten wir nach wie vor gespannt auf die in der Pressemitteilung des Schulministeriums vom 15.01.2024 angekündigte Kontaktaufnahme zur Stärkung des Demokratieerlebens in Schulen.

Wir müssen zusammenarbeiten – damit junge Menschen in einer vielfältigen, demokratischen und offenen Gesellschaft aufwachsen und diese auch gestalten können.